

*Die von Obama eingesetzte Kommission zur Reduzierung der US-Staatsverschuldung wird ihre Sparvorschläge wegen der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Kongress, wahrscheinlich nicht, wie vorgesehen, schon zum 1. Dezember 2010 vorlegen können.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 219/10 – 19.11.10

## **US-Kommission für Schuldenabbau plant Kürzungen der Sozialausgaben und Steuererhöhungen**

Von Jackie Calmes

THE NEW YORK TIMES, 10.11.10

( <http://www.nytimes.com/2010/11/11/us/politics/11fiscal.html> =

WASHINGTON – Die Vorsitzenden der Zweiparteienkommission des Präsidenten Obama zur Reduzierung der Staatsverschuldung kündigten am Mittwoch ein politisch brisantes und wirtschaftlich ehrgeiziges Paket von Vorschlägen an, das Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen vorsieht und in den USA wahrscheinlich eine Debatte entzünden wird, die jahrelang andauern dürfte.

Die Plan sieht tiefe Einschnitte bei innenpolitischen und militärischen Ausgaben, eine schrittweise Anhebung der Bundessteuer auf Treibstoffe um 15 Cent pro Gallone (3,78 l), die Begrenzung oder Abschaffung populärer Steuervergünstigungen zugunsten geringerer Steuersätze und Leistungskürzungen und ein erhöhtes Rentenalter bei der Sozialversicherung vor.

Diese und weitere vorgeschlagene Veränderungen, die nicht vor 2012 wirksam werden sollen, um den leichten Wirtschaftsaufschwung nicht zu gefährden, würden das bis 2020 zu erwartende Haushaltsdefizit um fast 4 Billionen Dollar verringern und so zur Stabilisierung beitragen.

"Es wird Zeit, die Pläne auf den Tisch zu legen, denn die US-Bürger werden schwer daran zu kauen haben," sagte Alan K. Simpson (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Alan\\_K.\\_Simpson](http://de.wikipedia.org/wiki/Alan_K._Simpson)) der ehemalige republikanische Präsident des Senats, der sich mit Erskine B. Bowles (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Erskine\\_Bowles](http://de.wikipedia.org/wiki/Erskine_Bowles)), der unter dem Präsidenten Bill Clinton Stabschef des Weißen Hauses war, den Vorsitz der Kommission teilt.

Ihr Vorschlag wird die Grundlage für die Verhandlungen innerhalb der Kommission sein, die am 1. Dezember den endgültigen Plan vorlegen soll. Er wird zur Herausforderung für beide Parteien werden: Obama und die Demokraten werden nach der Niederlage in den Zwischenwahlen beweisen müssen, dass sie an dem versprochenen langfristigen Abbau des Haushaltsdefizits festhalten wollen, und die Republikaner, die sich strikt gegen Steuererhöhungen ausgesprochen haben, müssen das mit der ebenfalls angekündigten verantwortungsvollen Ausgabenpolitik unter einen Hut bringen.

Liberale Gruppen lehnten den Plan sofort ab, als die vorgesehenen Kürzungen bei der Sozial- und Gesundheitsfürsorge und der Umfang der zu erwartenden Einschnitte bekannt wurden. Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses, stellte fest, der Plan sei "einfach unannehmbar".

Die Proteste bei den Linken haben – noch – keine ähnliche Entrüstung bei den Rechten

über die vorgeschlagenen Steuererhöhungen, die Kürzungen im Militärhaushalt und andere Vorhaben hervorgerufen.

**Der Plan enthält viele Elemente mit politischem Zündstoff. Er sieht auch Optionen für eine Veränderung der Besteuerung vor, zum Beispiel die Begrenzung oder Abschaffung der Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen, des Kinderfreibetrages und des Lohnsteuerfreibetrages. Er will die Waffenprogramme des Pentagons beschneiden und fast alle innenpolitischen Ausgaben zurückfahren.**

**Der Plan würde die Zuwächse für alle Bundesprogramme einschließlich der Sozialversicherung reduzieren. Er sieht auch Rentenkürzungen für die meisten Ruheständler in den kommenden Jahrzehnten vor; nur Menschen mit besonders niedrigen Renten können mit leichten Erhöhungen rechnen. Bis 2075 soll das Rentenalter in kleinen Schritten von 67 auf 69 Jahre angehoben werden – mit einer "Härtefallregelung" für Menschen, die wegen schwerer körperlicher Beanspruchung nur bis 62 arbeiten können. Und bei höheren Einkommen soll die Einkommensteuer steigen.**

Nach dem Plan sollen die Einsparungen bei der Sozialversicherung nicht zur Reduzierung des Haushaltsdefizits dienen, die Obama bis zum Haushaltsjahr 2015 anstrebt; damit wollen die beiden Vorsitzenden der Kommission den liberalen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die schon gefordert haben, freiwerdenden Mitteln müssten zur Stabilisierung der Sozialversicherung und nicht zum Haushaltsausgleich verwendet werden.

**Obama hatte die Kommission bereits im Februar dieses Jahres einberufen, in der Hoffnung, sie könnte bereits Vorschläge zu einer deutlichen Reduzierung des Defizits im Jahr 2011 machen. Nach der schweren Wahlniederlage seiner Partei steht er jetzt vor der schwierigen Entscheidung, durch Annahme der Vorschläge mehr der politischen Mitte entgegenzukommen, oder sie abzulehnen, um die Linke nicht zu verärgern.**

**Für die Republikaner sind die Vorschläge der Vorsitzenden (die den Kongressmitgliedern in der Kommission zugingen) und ähnliche Vorschläge, die nächste Woche von einer aus Privatleuten bestehenden Zweiparteiengruppe vorgelegt werden sollen, zum Prüfstein für ihre Behauptung geworden, der Haushalt könne allein durch Kürzungen ausgeglichen werden. Diese Forderung wird auch von vielen konservativen Wirtschaftswissenschaftlern und Budget-Analysten für unrealistisch gehalten, da die Staatsverschuldung weiter zunimmt, weil jetzt die Babyboom-Generation in den Ruhestand gehen und hohe Ansprüche an die wegen der schweren Rezession ohnehin leere Staatskasse stellen wird.**

Beim Treffen der Kommissionsmitglieder hinter verschlossenen Türen betonten die Vorsitzenden Bowles und Simpson ihr Plan sei nur "als Ausgangspunkt" für die anstehende Diskussion zu betrachten.

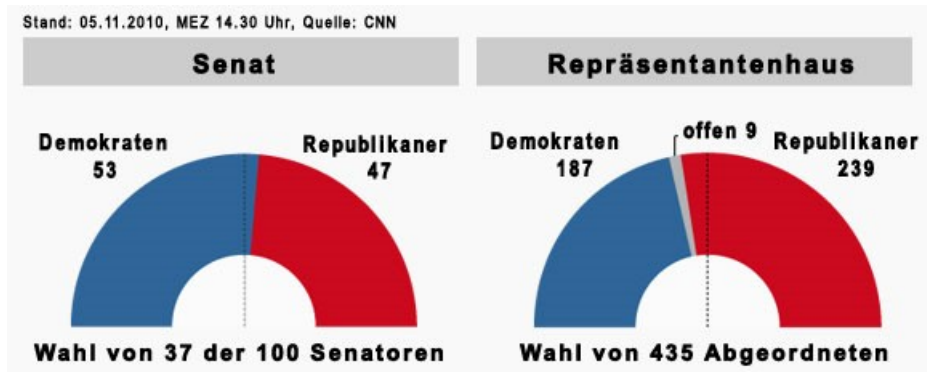
Das wurde auch schon bei den ersten Reaktionen der Mitglieder der Kommission deutlich, die aus neun Demokraten und sieben Republikanern besteht. Niemand hieß das Paket uneingeschränkt gut, und mehrere Mitglieder machten deutlich, dass sie es ohne wesentlich Änderungen nicht akzeptieren werden.

"Ich denke, jedes Kommissionsmitglied ist mit mir der Meinung, dass das nicht der Plan ist, den wir vorlegen werden," sagte der demokratische Abgeordnete Jan Schakowsky aus Illinois, der wahrscheinlich das liberalste Mitglied der Kommission ist.

Die Gruppe hatte ganz bewusst vor den Zwischenwahlen keine Entscheidungen getroffen, damit die schmerzhaften Einschnitte nicht zum Gegenstand des Wahlkampfes werden konnten. Trotzdem haben die Wahlergebnisse, die den konservativen Gegnern von Steuererhöhungen große Erfolge und vielen für Steuererhöhungen eintretenden demokratischen Kongressabgeordneten herbe Niederlagen bescherten, die ohnehin geringen Chancen weiter reduziert, dass die Kommission das Vorschlagspaket zum 1. Dezember unverändert verabschiedet wird.

Nachdem Obama in seine Kommission 12 Kongressabgeordnete und 6 Privatleute berufen hat, müssen mindestens 14 von 18 Kommissionsmitgliedern zustimmen, damit dem Kongress zum 1. Dezember überhaupt irgendwelche Vorschläge vorgelegt werden können. Harry Reid aus Nevada, der Führer der demokratischen Senatsmehrheit, und Frau Pelosi, die noch bis Januar Sprecherin des Repräsentantenhauses bleiben wird, haben schriftlich angekündigt, dass der Senat zuerst über den Plan abstimmen wird, und dass er erst nach Annahme im Senat dem Repräsentantenhaus vorgelegt wird. (Die neuen Mehrheiten in beiden Häusern des US-Kongresses gelten erst ab Januar 2011.)

"Ich denke, dass 14 Mitglieder zustimmen werden," sagten Senator Tom Coburn, ein konservativer Republikaner, aus Oklahoma, der bei den vorgeschlagenen Kürzungen der Militärausgaben und den so genannten Steuererhöhungen, die größtenteils aus der Streichung von Steuervergünstigungen bestehen, eng mit den beiden Vorsitzenden zusammengearbeitet hat; durch Streichung von Steuervergünstigungen für Einzelpersonen und Firmen sollen etwa 1 Billion Dollar Steuermehreinnahmen pro Jahr erzielt werden.



Ergebnis der US-Zwischenwahlen 2010, Stand 05.11.10  
Entnommen aus <http://www.drs.ch/www/de/drs/220183.us-zwischenwahlen-resultate-sitze.html>

**In der fünfstündigen Beratung am Mittwoch habe die Kommission kaum Einzelposten des Plans besprochen, sondern hauptsächlich darüber diskutiert, ob dem nur noch bis Januar (in seiner jetzigen Zusammensetzung) amtierenden Kongress genügend Zeit bleibe, ein aus den Vorschlägen abgeleitetes Gesetz zu beraten und zu verabschieden, ließen Kommissionsmitglieder in Interviews verlauten. Dabei sei es unklar gewesen, ob einzelne Mitglieder damit nur eine Abstimmung (noch in diesem Jahr) verhindern wollten und die Bedenken über mögliche Probleme bei dem Gesetzgebungsverfahren deshalb nur als Vorwand benutzen.**

"Wenigstens hat keiner den Raum verlassen," sagte Andy Stern, der ehemalige Präsident der Service Employees International Union (der US-Dienstleistungsgewerkschaft, s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Service\\_Employees\\_International\\_Union](http://en.wikipedia.org/wiki/Service_Employees_International_Union) ) in einem Interview; er hatte vorher Bedenken, die Republikaner könnten ausziehen, wenn Steuererhöhungen auf dem Tisch kämen, und die Demokraten würden gehen, wenn über Kürzungen bei der Sozialversicherung und bei anderen Sozialausgaben gesprochen werde.

**Das gegenwärtig größte Problem des kaum noch entscheidungsfähigen Kongresses ist die anstehende Verlängerung der aus der Bush-Ära stammenden Senkung der**

**Einkommensteuer, die am 31. Dezember ausläuft; die Republikaner möchten diese Steuersenkung für alle beibehalten, Obama und die Demokraten wollen sie aber nur für Jahreseinkommen unter 250.000 Dollar weiter gelten lassen. Der Bowles-Simpson-Plan schlägt zwei Varianten vor: Entweder sollen nur die unteren Einkommen entlastet bleiben, oder alle Steuersenkungen sollen entfallen und durch vereinfachte, niedrigere Steuersätze mit viel weniger Steuervergünstigungen ersetzt werden.**

**Wenn die Steuersenkungen Bushs beibehalten werden, steigt die Staatsverschuldung bis 2020 um mehr als 4 Billionen Dollar an; das ist zufällig der gleiche Betrag, um den die Kommissionsvorsitzen mit ihrem harten Sparkurs die Schuldenlast im gleichen Zeitraum senken möchten.**

**Durch die vorgeschlagenen Vereinfachung der Besteuerung würden viele populäre Steuervergünstigungen – darunter auch die Absetzbarkeit der Hypothekenzinsen – verringert oder ganz beseitigt, damit die Steuersätze für alle Einkommensgruppen verringert werden können. Eine Variante sieht vor, den Steuersatz für Personeneinkommen in der niedrigsten Einkommensstufe von bisher 10 auf 8 Prozent und in der höchsten Einkommensstufe von bisher 35 auf 23 Prozent zu senken. Die Körperschaftssteuer, die jetzt 35 Prozent beträgt, soll auf 26 Prozent absinken.**

Wie weit die Steuersätze letztlich gesenkt werden können, hängt davon ab, wie viele Steuervergünstigungen reduziert oder abgeschafft werden. Einige dieser Vergünstigungen, wie der Abzug der Hypothekenzinsen und die Steuerbefreiung für die Krankenversicherungsbeiträge der Angestellten sind, politisch gesehen, heilige Kühe.

Die schrittweise Erhöhung der Bundessteuer auf Treibstoffe um insgesamt 18,4 Cent pro Gallone würde in den Jahren 2013 bis 2015 bei 15 Cent liegen, dann wären aber alle Verkehrsausgaben aus diesem erhöhten Steueraufkommen zu decken und müssten nicht mehr aus dem allgemeinen Haushalt bezuschusst werden.

**Nach dem Plan sollen für jede Billion Dollar zusätzlicher Einnahmen die Ausgaben um zwei Billionen Dollar gekürzt werden; die Gesamtausgaben sollen bei ungefähr 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA liegen, die Einnahmen werden mit 21 Prozent veranschlagt.**

Die Kürzungen bei den jährlichen freiwilligen Ausgaben im innenpolitischen und militärischen Bereich könnten die höchsten im laufenden Jahrzehnt werden. Auch die Subventionen für die Farmer sollen reduziert werden. Um ein weiteres Anwachsen der Ausgaben in den Programmen für Anspruchsberechtigte zu verhindern, sieht der Plan auch Einsparungen in der hart umkämpften Gesundheitsreform Obamas vor. So sollen zum Beispiel die Gelder für die Entschädigung bei ärztlichen Kunstfehlern begrenzt werden, was die Republikaner schon lange fordern.

*David M. Herszenhorn trug zu dem Bericht bei.*

(Wir haben den Artikel, aus dem sehr deutlich wird, dass vor allem auf Kosten der US-Bürger mit geringen Einkommen gespart werden soll, damit sich die vorgesehene Reduzierung der Militärausgaben in sehr engen Grenzen halten kann, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab)

## Unser Kommentar

Selbst wenn es den USA trotz der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Kongress gelänge, ihre Staatsverschuldung bis 2020 um 4 Billionen Dollar zu verringern, wären das noch keine 2 Prozent ihres insgesamt 202 Billionen Dollar hohen Schuldenberges (s. [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP18110\\_130910.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP18110_130910.pdf) ). Wenn die USA, die einmal das reichste Land der Welt waren, bei der Tilgung ihrer Staatsschulden in diesem Tempo weitermachen, wären sie erst nach rund 490 Jahren, also im Jahr 2500, schuldenfrei. Dieser völlig illusorische Glücksfall träte aber nur ein, wenn alle Gläubigerländer auch weiterhin dazu bereit wären, US-Dollars, die noch nicht einmal mehr das Papier wert sind, auf das sie gedruckt werden, als Zahlungsmittel anzunehmen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir die nochmalige Lektüre unserer LUFTPOST 266/08, die sich mit dem Thema "Wie die Klopapier-Supermacht zu überwälzigen wäre" beschäftigt und unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP26608\\_301208.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP26608_301208.pdf) aufzurufen ist.

---

## The New York Times

### Panel Seeks Social Security Cuts and Higher Taxes

By JACKIE CALMES, November 10, 2010

WASHINGTON — The chairmen of President Obama's bipartisan commission on reducing the national debt outlined a politically provocative and economically ambitious package of spending cuts and tax increases on Wednesday, igniting a debate that is likely to grip the country for years.

The plan calls for deep cuts in domestic and military spending, a gradual 15-cents-a-gallon increase in the federal gasoline tax, limiting or eliminating popular tax breaks in return for lower rates, and benefit cuts and an increased retirement age for Social Security.

Those changes and others, none of which would take effect before 2012 to avoid undermining the tepid economic recovery, would erase nearly \$4 trillion from projected deficits through 2020, the proposal says, and stabilize the accumulated debt.

"It's time to lay it out on the table and let the American people start to chew on it," said Alan K. Simpson, the former Republican Senate leader who is one of the co-chairmen, along with Erskine B. Bowles, who was White House chief of staff under President Bill Clinton.

Their outline will be the basis for negotiation within the commission, which has a Dec. 1 deadline for submitting a final plan. It represents a challenge to both parties: to Mr. Obama and the Democrats, to show in the wake of the midterm election that they are serious about their pledges to address long-term deficits, and to Republicans, who for the most part have ruled out consideration of tax increases even as they have promised new adherence to fiscal responsibility.

Liberal groups immediately condemned the plan when news of it broke, for its Social Security and Medicare changes and for the scope of the spending cuts. The House speaker, Nancy Pelosi, in a statement called it "simply unacceptable."

The furor on the left was not matched — yet — by a similar outcry from the right to the draft's proposed revenue increases, cuts to the military or other options. The plan has many elements with the potential to draw intense political fire. It lays out opti-

ons for overhauling the tax code that include limiting or eliminating the mortgage interest deduction, the child tax credit and the earned income tax credit. It envisions cutting Pentagon weapons programs and paring back almost all domestic programs.

The plan would reduce cost-of-living increases for all federal programs, including Social Security. It would reduce projected Social Security benefits to most retirees in later decades, though low-income people would get higher benefits. The retirement age for full benefits would be slowly raised to 69 from 67 by 2075, with a “hardship exemption” for people who physically cannot work past 62. And higher levels of income would be subject to payroll taxes.

But the plan would not count Social Security savings toward the overall deficit-reduction goal that Mr. Obama set for fiscal year 2015, reflecting the chairmen’s sensitivity to liberal critics who have complained that Social Security should be fixed only for its own sake, not to help balance the nation’s books.

Mr. Obama created the commission last February in the hope it would provide political cover for bold action against deficits in 2011. His stance now, in the wake of his party’s drubbing, will go a long way toward telling whether he tacks to the political center — by embracing such proposals — or shifts to the left and leaves them on a shelf.

For Republicans, the chairmen’s proposals and a similar report coming next week from a private bipartisan group will challenge their contention that the budget can be balanced by spending cuts alone. That is a claim that many conservative economists and budget analysts reject, given the scale of projected debt as the baby boom generation retires and begins claiming costly federal benefits, after a severe recession.

Mr. Bowles and Mr. Simpson said their plan was “a starting point” as members of the commission met behind closed doors to consider it.

That was clear from the initial reactions of the members, nine of them Democrats, seven Republicans. None embraced the package and several made clear they would not support it without big changes.

“I think every member of the commission would agree that this is not the plan,” said Representative Jan Schakowsky, Democrat of Illinois, who is perhaps the panel’s most liberal member.

The group had made no decisions before the midterm elections, to avoid politicizing the painful options. Even so, the election results — by emboldening victorious antitax conservatives and having led to the defeat of many fiscally conservative Congressional Democrats — are widely seen as having reduced the already slim chance that a supermajority of the commission could agree to a package of proposals by Dec. 1.

Under Mr. Obama’s executive order creating the panel of 12 members of Congress and six private citizens, 14 of the 18 commissioners must agree in order to send any package to Congress for a vote in December. The Senate majority leader, Harry Reid of Nevada, and Ms. Pelosi, who will remain the speaker until January, have promised in writing that the Senate would vote first and, if it approves a plan, the House would vote.

“I think it’s possible” that 14 members will agree, said Senator Tom Coburn, a conservative Oklahoma Republican who worked closely with the chairmen on proposed reductions from the military and in so-called tax expenditures, the myriad tax breaks for individuals and businesses that cost more than \$1 trillion a year. “You don’t know until you see what the fi-

nal plan is.”

In five hours of deliberations on Wednesday, the commission did not discuss the plan’s particulars much but instead talked at length about whether a lame-duck Congress would have time to write specific legislation and then vote, members said in interviews. It was unclear, they said, whether that was a sign other members thought the commission actually could reach agreement, or whether they were hiding behind concerns about legislative procedures to avoid tough policy decisions.

“At least people stayed in the room,” Andy Stern, the former president of the Service Employees International Union, said in an interview, recalling his concerns and others’ that Republicans would walk out if taxes were on the table and Democrats if Social Security and other spending programs were.

Right now the biggest issue facing the lame-duck Congress is whether to extend the Bush-era income tax cuts, which expire Dec. 31, for all taxpayers, as Republicans want, or for income below \$250,000, as Mr. Obama and Democrats want. The Bowles-Simpson plan includes one option that assumes only the lower-income rates are extended and another that ends all Bush tax rates and replaces the tax code with simpler, lower rates and many fewer tax breaks.

Extending all the Bush tax cuts through 2020 would add more than \$4 trillion to the debt — coincidentally, about the same amount that the chairmen’s painful options are designed to cut in the same time frame.

Their proposed simplification of the tax code would repeal or modify a number of popular tax breaks — including the deductibility of mortgage interest payments — so that income tax rates could be reduced across the board. Under one option, individual income tax rates would decline to as low as 8 percent for the lowest income bracket (it is now 10 percent) and to 23 percent for the highest bracket (now 35 percent). The corporate tax rate, now 35 percent, would be reduced to as low as 26 percent.

But how low the rates are set would depend on how many tax breaks are reduced or eliminated. Some of them, including the mortgage interest deduction and the exemption from taxes for employees’ health benefits, are political sacred cows.

The 18.4-cents-a-gallon federal gasoline tax would rise by 15 cents between 2013 and 2015 so that transportation spending no longer requires money from the general treasury.

The plan would cut \$2 from spending for every \$1 in new revenues. Total spending would be about 22 percent of the nation’s gross domestic product, and revenues would be held to 21 percent.

Cuts in annual discretionary spending, domestic and military, would be the largest in recent decades. Farm subsidies would be reduced. To further reduce growth in the fast-growing entitlement programs, the plan would expand on the hard-won Medicare cost savings in Mr. Obama’s health care law. And it would limit malpractice awards, long a Republican goal.

*David M. Herszenhorn contributed reporting.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**